

# Wasser bedeutet Leben. Leben kann man nicht privatisieren

Die Wasserprivatisierung konnte vor zwei Jahren erfolgreich gestoppt werden. Der IWF übt jedoch Druck auf die Regierung aus, Wasser als kommerzielle Ware einzustufen.

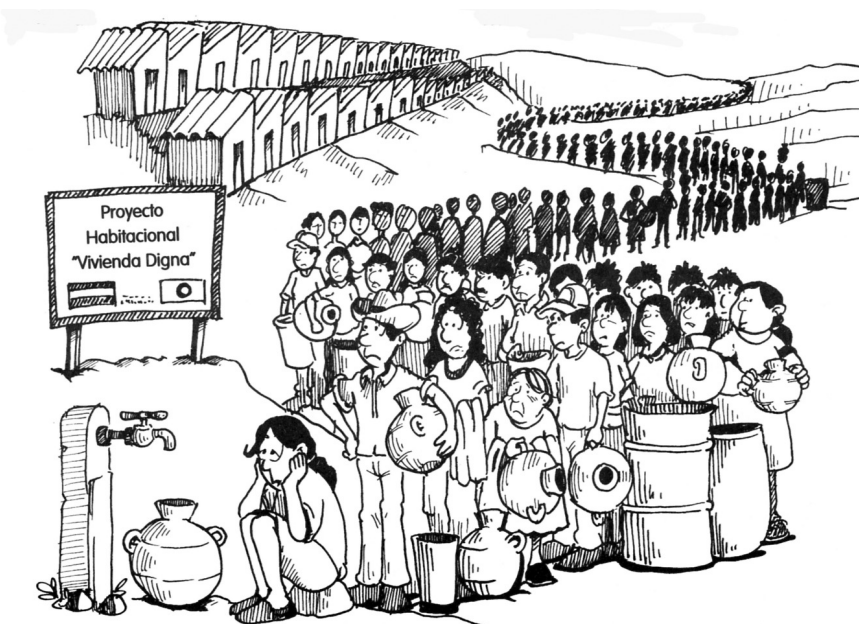
**Mit der geplanten Wasserprivatisierung werden die Menschen, die noch nicht an das öffentliche Versorgungssystem angeschlossen sind, auch in Zukunft keinen Zugang erhalten. (Karikatur: Equipo Maíz)**

Wasser bedeutet Leben. Leben kann man nicht privatisieren – Unter diesem Motto mobilisierte im letzten Jahr ein breites Bündnis von Organisationen gegen die geplante Privatisierung des Wassers in Nicaragua. Auf mehreren Demonstrationen protestierten tausende von Menschen gegen die Veräußerung der Wasserrechte. „Bald wird die Trinkwasserversorgung eine Dienstleistung sein, die nur für diejenigen reserviert ist, die zahlen können“, kommentiert

Ruth Selmer Herrera, Koordinatorin der Verbraucherschutzorganisation Red de Consumidores, die anstehende Privatisierung.

Derzeit verantwortlich für die Wasserversorgung ist der staatliche Betreiber ENACAL. Zugang zu dessen Versorgungssystem haben 47 Prozent der Bevölkerung. In städtischen Gebieten besitzen 80 Prozent einen Anschluss im oder direkt vor dem Haus, in ländlichen Gegenden dagegen nur 29 Prozent. Die Menschen, die nicht in das öffentliche Versorgungssystem eingebunden sind, werden mit der Privatisierung nie in der Lage sein, einen Zugang zu bekommen und andere, die jetzt noch vom System versorgt werden, werden dieses Privileg verlieren, weil sie keine Möglichkeit haben, es zu bezahlen befürchtet Selmer Herrera.

Die Menschen in Nicaragua haben bereits ihre Erfahrungen mit der Privatisierung des öffentlichen Sektors gemacht. Seit vor drei Jahren die staatliche Stromversorgung von dem spanischen Konzern FENOSA übernommen



wurde, sind die Strompreise um das Dreifache gestiegen. Mittlerweile sind die Stromtarife in Nicaragua die höchsten in ganz Mittelamerika. Ähnliche Auswirkungen befürchten die Menschen auch in Bezug auf die Veräußerung der Wasserrechte.

Derzeit ist die staatliche Wasserversorgungsgesellschaft auf der Suche nach einem Unternehmen, welches den Betrieb und sämtliche dazugehörigen organisatorischen Aufgaben übernimmt. Drei Bewerbungen von ausländischen Gesellschaften liegen der ENACAL bereits vor. Offiziell verkündet die Regierung, dass die Wasserrechte nicht verkauft, sondern nur Konzessionen für die Verwaltung vergeben werden sollen. Privatisierungen geschehen in der Regel jedoch schrittweise, bemerkt das Red de los Consumidores. Zuerst würden Managementverträge für einen bestimmten Zeitraum vergeben, um den Betrieb dann später endgültig zu verkaufen. Auf diese Weise veräußerte der Staat auch Schritt für Schritt die staatliche Stromgesellschaft.

Der erste Versuch einer Wasserprivatisierung vor zwei Jahren konnte erst einmal gestoppt werden und setzte eine intensive Diskussion in Gang. Zwei Wasserkraftwerke des staatlichen Stromversorgers HIDROGES sollten verkauft werden, was aber aufgrund von Protesten und erfolgreichen Klagen nicht durchgesetzt werden konnte. Der Verkauf hätte die alleinigen Nutzungsrechte des Apanás-Sees sowie aller Zuflüsse beinhaltet. Somit wären also nicht nur die Kraftwerke, sondern auch das Wasser privatisiert worden. Eine Veräußerung des Wassers

wird in der nicaraguanischen Verfassung aber ausdrücklich ausgeschlossen. Dies war der Grund, warum die Privatisierung zunächst wieder rückgängig gemacht wurde.

Vonder Regierung wurde nach dieser Entscheidung eine Gesetzesinitiative für ein neues Wassergesetz eingeleitet. Ein generelles Wassergesetz wird von vielen VerbraucherInnen nicht abgelehnt, da derzeit auch Regelungen über die nachhaltige Nutzung der Wasserressourcen fehlen. Der Getränkekonzern Coca Cola besitzt beispielsweise Brunnen, die er für die Herstellung der Brause nutzt, ohne einen Cent dafür zu zahlen. Auch eine Verbesserung der bestehenden Infrastruktur steht dringend an. An das Verteilernetz von ENACAL ist nur rund die Hälfte der Bevölkerung angeschlossen und vom ausgelieferten Wasser werden auch nur circa 55 Prozent bezahlt. Ein Großteil der VerbraucherInnen traut einer weitestgehend korrupten öffentlichen Verwaltung eine sinnvolle Verwendung der Tarifeinnahmen nicht zu. Ohnehin sind schon jetzt die Kosten um ein Vielfaches gestiegen. Die BewohnerInnen, die nicht an das öffentliche Versorgungsnetz angeschlossen sind, bezahlen für Wasser aus privaten Tanklastern das 20- bis 30fache des staatlichen Preises.

Parallel zur Gesetzesinitiative der Regierung für ein neues Wassergesetz hatte auch die Ver-

## Recht auf Wasser

Aktiv gegen die Privatisierung des Wassers tritt in Nicaragua das VerbraucherInnennetzwerk, das Red Nacional de Consumidores, ein. Das Netzwerk ist ein Zusammenschluss aus vielen kleinen lokalen VerbraucherInnenorganisationen, die in den 90er Jahren im Zuge der Privatisierung von Strom, Telekommunikation etc. in Nicaragua entstanden sind, um die Rechte der armen Bevölkerung auf Strom- und Wasserversorgung zu verteidigen. Die Arbeit des Red Nacional de Consumidores, das die CIR seit diesem Jahr finanziell unterstützt, reicht von Beratungen in Einzelfällen, über Informationskampagnen bis hin zur Lancierung von Protestaktionen, wenn elementare Rechte der nicaraguanischen Bevölkerung verletzt werden.

Bitte unterstützen sie das Red Nacional de Consumidores mit Ihrer Spende – Stichwort: **Recht auf Wasser in Nicaragua.**

braucherschutzorganisation Red de Consumidores einen Vorschlag eingereicht, der die Kommerzialisierung des Wassersektors verhindern sollte. Es ist aber zu erwarten, dass mit dem Gesetz die rechtliche Grundlage für die Privatisierung des Wassers geschaffen wird.



**Die Frauen und Männer aus Masaya demonstrieren in Managua gegen die Privatisierung des Wassers. (Foto: Sabine Broscheit)**

Zur Zeit steht die nicaraguanische Regierung unter dem Druck, die Forderungen des Internationalen Währungsfonds IWF erfüllen zu müssen. Die Privatisierung der Wasserkraftwerke am Apanás-See sind ein Teil der Forderungen, die der IWF für den Auslandsschuldenerlass im letzten Jahr im Rahmen der HIPC-Initiative stellte. Auch in dem Freihandelsvertrag zwischen den USA und Mittelamerika (CAFTA) sind Vereinbarungen in Bezug auf das Wasser festgehalten. Die Wasserversorgung wird als Dienstleistung deklariert, die für den internationalen Wettbewerb geöffnet werden muss.

Ende Juni traf sich das zentral-amerikanische Wassertribunal in

Managua, um die herrschende Entwicklung, Wasser als Ware statt als grundlegendes Menschenrecht zu betrachten. Dieses Treffen wurde im Vorfeld des Weltwasserforums organisiert, das im März nächsten Jahres in Mexiko stattfinden soll. Laut Angaben des Tribunals haben 35 Prozent aller Zentral-amerikanerInnen (15 Millionen Menschen) keinen zuverlässigen Zugang zu sauberem Wasser. Regierungsbeamte und Spezialisten für die Verteilung von Bodenschätzen aus ganz Mittelamerika nahmen an dieser dreitägigen Konferenz teil, die das Ziel hatte, den Zugang zu Wasser als ein allgemeines Grundrecht einzuführen. In der abschließenden „Erklärung von Managua“ verpflichteten sich die Mitglieder der Legislative und andere Regierungsbeamte den sicheren Zugang zu Wasser als ein grundlegendes Menschenrecht zu fördern und den Zugang zu der Ressource innerhalb ihrer eigenen Länder zu schützen und zu erleichtern. Alle anwesenden Regierungsvertreter unterschrieben dieses Dokument, außer jenen aus Nicaragua, da diese nicht bis zur Verlesung der Erklärung blieben. Dies unterstreicht einmal mehr, dass sich die nicaraguanische Regierung den Auflagen von IWF und Weltbank unterworfen hat, denn in dem unterzeichneten Dokument wird deutlich erklärt: „während CAFTA zum Ziel hat, die Privatisierung von allen öffentlichen Diensten zu fördern, soll Wasser keine kommerzielle Ware werden.“

*Damaris Mühe. Sie war 2004 Praktikantin bei der CIR-Partnerorganisation MEC in Nicaragua.*